

## **Entwurf**

**Stand: TT.12.2020**

### **Gesetz zum Staatsvertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu /St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“**

#### **Vorblatt**

##### **A. Zielsetzung**

Mit dem Gesetz soll die nach Artikel 50 Satz 2 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg erforderliche Zustimmung des Landtags zum Staatsvertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu /St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“ erfolgen.

##### **B. Wesentlicher Inhalt**

Unter Federführung der Bayerischen Staatsbauverwaltung sollen die beiden länderübergreifenden Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu /St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“ geplant und die hierfür erforderlichen Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Die beiden Brückenbauwerke befinden sich getrennt durch die Staatsgrenze jeweils in geteilter Baulast des Freistaats Bayern und des Landes Baden-Würt-

temberg. Deshalb bedarf es für die Durchführung von einheitlichen Planfeststellungsverfahren einer Vereinbarung. Die beiden Bundesländer haben sich auf den Abschluss eines Staatsvertrages verständigt.

Die Ausübung der Hoheitsgewalt eines Landes ist grundsätzlich auf sein Territorium beschränkt. Auf staatsvertraglicher Grundlage können jedoch einzelne Länderaufgaben und die zu ihrer Erfüllung notwendigen Hoheitsbefugnisse den Behörden eines anderen Landes übertragen werden. Der vorgesehene Staatsvertrag überträgt die Befugnis, für die konkreten Verfahren hoheitlich auf dem Gebiet des Landes Baden-Württemberg tätig zu werden, auf den Freistaat Bayern.

Im Staatsvertrag wird zudem vereinbart, dass die Planfeststellungsverfahren ausschließlich nach den für die bayerische Straßenbauverwaltung gültigen Vorschriften und Richtlinien durchgeführt werden können. Mit dem Abschluss des Staatsvertrages wird die Bayerische Staatsbauverwaltung legitimiert, für die Durchführung beider Maßnahmen ausschließlich bayerisches Recht anwenden zu dürfen - auch auf baden-württembergischem Hoheitsgebiet.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten für die öffentlichen Haushalte

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

Von einer Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwandes wurde gemäß Nummer 4.3.2 5. Spiegelstrich der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung und der Ministerien zur Erarbeitung von Regelungen abgesehen.

F. Nachhaltigkeitscheck

Der Nachhaltigkeitscheck wurde durchgeführt. Die vorgesehenen Regelungen haben positive Auswirkungen auf die im Nachhaltigkeitscheck untersuchten Themenschwerpunkte.

G. Kosten für Private

Keine.

**Gesetz**  
**zum Staatsvertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem**  
**Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen**  
**„Verlegung der L 2310 neu /St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirsch-**  
**furt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der**  
**Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“**

Vom ...

Artikel 1  
Zustimmung zum Staatsvertrag

Dem am ... unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu /St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“ wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2  
Inkrafttreten, Bekanntmachungen

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 3 Satz 3 in Kraft tritt, ist im Gesetzblatt für das Land Baden-Württemberg bekannt zu geben.

Stuttgart, den TT.MM.JJJJ

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg

# Staatsvertrag

zwischen dem

**Land Baden-Württemberg**

vertreten durch das **Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg  
(VM)**

und dem

**Freistaat Bayern**

vertreten durch das **Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und  
Verkehr  
(StMB)**

über die Planfeststellungen

für die  
**L 2310 neu / St 2315 Verlegung bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt)  
mit Neubau einer Mainbrücke  
im Zuge der Landesstraße L 2310 neu auf baden-württembergischer  
und der Staatsstraße St 2315 auf bayerischer Seite**

**(Landesstraße 2310 neu / VNK 6221 004 neu NNK 6621 005 neu Station 0+000  
bis 0+156,  
St 2315 / Abschnitt 100 / Station 0,0 bis 1,0)**

und

für den  
**Ersatzneubau der  
Brücke über den Main bei Wertheim - Kreuzwertheim  
im Zuge der Kreisstraße MSP 32 auf bayerischer  
und der L 2310 auf baden-württembergischer Seite**

1. Referentenentwurf

**(ASB-Nr. 6223 910/521)**

**(MSP 32 / Abschnitt 100 / Station 152 bis Station 0 (Netzknoten 6223039 (Landesgrenze)), Landesstraße L 2310 von Station 0 bis Station 320)**

**vom xx.xx.xxxx**

**Vorbemerkung**

Mit der Maßnahme L 2310 neu / St 2315 Verlegung bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke werden die Ortsdurchfahrten von Kirschfurt und des südlichen historischen Ortskerns von Freudenberg nachhaltig vom Durchgangsverkehr entlastet. Die Ortsumfahrung beginnt westlich von Freudenberg mit einem Kreisverkehr an der L 2310 neu und quert die Bundeswasserstraße bei Main-km 131,615 mit einer Brücke. Die Grenze zwischen den Bundesländern verläuft in der Mitte des Mains. Die Ortsumfahrung schließt nördlich des Collenberger Ortsteils Kirschfurt mit einem Kreisverkehr an die St 2315 an.

Die L 2310 und die St 2315 sollen von der bestehenden Einmündung in die L 2310 in Freudenberg bis zum Kreisverkehrsplatz am Bauende nördlich von Kirschfurt mit Verkehrsfreigabe zu Ortsstraßen abgestuft werden. Das beinhaltet auch den Baulastübergang der Brücke L 2310 / St 2315 über den Main bei Freudenberg (BW 6221 642). Der bisherige Baulastträger ist verpflichtet, dafür einzustehen, dass die abzustufende Straße so ausgebaut ist, dass sie den Anforderungen der zukünftigen Straßenklasse genügt. Der Neubau erfolgt als Gemeinschaftsmaßnahme von Baden-Württemberg und Bayern.

Die Mainbrücke Wertheim-Kreuzwertheim (ASB-Nrn. 6223521/6223910) kreuzt die Bundeswasserstraße Main zwischen dem Markt Kreuzwertheim und der Stadt Wertheim bei Main-km 157,370. Sie überführt die Kreisstraße MSP 32 auf bayerischer- und die (derzeitige) Landesstraße L 2310 auf baden-württembergischer Seite.

Das Bestandsbauwerk war auf bayerischer Seite bis zur Abstufung zur Kreisstraße MSP 32, die mit der Verkehrsfreigabe der St 2315 OU Kreuzwertheim im Jahr 2005 wirksam wurde, Teil der St 2440. Der Abschnitt in Baden-Württemberg ist Teil der Landesstraße L 2310. Im Zuge der Planfeststellung soll sie ebenfalls zu einer Kreisstraße des Main-Tauber-Kreises abgestuft werden. Der bisherige Baulastträger ist verpflichtet, dafür einzustehen, dass die abzustufende Straße so ausgebaut ist, dass sie den Anforderungen der zukünftigen Straßenklasse genügt. Trotz der bereits im Jahr 2005

## 1. Referentenentwurf

erfolgten Abstufung der St 2440 zur Kreisstraße MSP 32 sieht sich der Freistaat Bayern in der Pflicht, seinen Aufgaben als bisheriger Straßenbaulastträger noch nachzukommen, da die Mainbrücke Wertheim-Kreuzwertheim insbesondere hinsichtlich ihrer Sicherheit gegen den außergewöhnlichen Lastfall Schiffsanprall so große Defizite aufweist, dass ein Ersatzneubau erforderlich wird.

Der Ersatzneubau erfolgt als Gemeinschaftsmaßnahme von Baden-Württemberg und Bayern unter Kostenbeteiligung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, die sich nach § 41 Abs. 5, 5a und 6 des Bundeswasserstraßengesetzes beteiligt, der Stadt Wertheim und des Marktes Kreuzwertheim, welche die Straßenbeleuchtung bezahlen.

Zur Regelung der für die Verlegung der L 2310 / St 2315 bei Collenberg mit Neubau einer Mainbrücke und den Ersatzneubau der Mainbrücke Wertheim-Kreuzwertheim erforderlichen Planfeststellungsverfahren schließen das Land Baden-Württemberg und der Freistaat Bayern nachfolgenden Staatsvertrag.

### **Art. 1 Gegenstand des Staatsvertrags**

1. Gegenstand des Staatsvertrags sind die Planfeststellungen für die Verlegung bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke einschließlich der Streckenanpassungen, -umstufungen und der Baubehelfe und für den Ersatzneubau der Mainbrücke Wertheim-Kreuzwertheim.
2. Regelungen über die Planung, den Grunderwerb, die Durchführung des Neubaus/Ersatzneubaus, die Straßenbeleuchtung, die Aufteilung der Kosten für Planung und Ausführung des Vorhabens, den Baulastübergang nach Fertigstellung der Maßnahme sowie die zukünftige Erhaltung und Unterhaltung der jeweiligen Streckenabschnitte und der Bauwerke bleiben den
  - a. zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, der Gemeinde Collenberg und der Stadt Freudenberg (alte Mainbrücke in der Gemeinde/Stadt Collenberg/Freudenberg) sowie einem
  - b. zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Landkreis Main-Spessart, dem Main-Tauber-Kreis, der Stadt Wertheim und dem Markt Kreuzwertheim (Mainbrücke im Markt Kreuzwertheim/Stadt Wertheim)

## 1. Referentenentwurf

abzuschließenden Verwaltungsabkommen vorbehalten. Kreuzungsrechtliche Fragen, insbesondere zu den Baukosten und dem Vorteilsausgleich, bleiben Kreuzungsvereinbarungen zwischen den Baulasträgern der Straßen und der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes vorbehalten.

3. Die bereits bestehenden Planungsvereinbarungen zwischen dem Freistaat Bayern (Staatsbauverwaltung), dem Land Baden-Württemberg und dem Landkreis Main-Spessart für den Ersatzneubau der Mainbrücke Wertheim – Kreuzwertheim vom 27. März 2018, vom 18. Mai 2018 und vom 2. Oktober 2018 bleiben unberührt.

## **Art. 2** **Planfeststellung**

1. Die Feststellungsentwürfe werden von der Staatsbauverwaltung des Freistaat Bayern für die gesamten Vorhaben nach den für die bayerische Staatsbauverwaltung gültigen Vorschriften und Richtlinien aufgestellt. Die Planungen erfolgen im Benehmen mit der Straßenbauverwaltung des Landes Baden-Württemberg.
2. Die Bayerische Staatsbauverwaltung beantragt die Planfeststellungen für die Gesamtmaßnahmen und vertritt die Planungen.
3. Für die jeweilige Maßnahme wird ein einheitliches Planfeststellungsverfahren nach Art. 36 ff. des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) in Verbindung mit Art. 72 ff. des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) durchgeführt.
4. Die Regierung von Unterfranken wird nach Art. 3 Abs. 2 Satz 4, Art. 94 Satz 2 BayVwVfG sowie nach § 3 Abs. 2 Satz 4, § 96 Satz 2 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Baden-Württemberg (LVwVfG) für die gesamten Vorhaben als Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde bestimmt.
5. Die Regierung von Unterfranken führt die gesamten Planfeststellungsverfahren auf der Grundlage des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und der einschlägigen bayerischen Landesgesetze durch. Dies gilt auch für die Widmung, Umstufung und Einziehung von Straßen auf baden-württembergischer Seite im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses.



1. Referentenentwurf

6. Die Regierung von Unterfranken erlässt die Planfeststellungsbeschlüsse.
7. Sind jeweils Planänderungen nach Erlass des jeweiligen Planfeststellungsbeschlusses und vor Fertigstellung des jeweiligen Vorhabens erforderlich, gelten die in Nrn. 1 bis 6 getroffenen Regelungen.

### **Art. 3** **Schlussbestimmungen**

Dieser Staatsvertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich ausgetauscht werden. Der Austausch erfolgt durch Zusendung der Ratifikationsurkunde an den Vertragspartner. Dieser Staatsvertrag tritt am ersten des Monats in Kraft, der auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgt.

Für das Land Baden-Württemberg

Für den Freistaat Bayern

## 1. Referentenentwurf

### **Gesetz**

**zu dem Staatsvertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu /St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“**

### **Begründung**

**Entwurf  
(TT.MM.JJJJ)**

#### A. Allgemeiner Teil

##### I. Zielsetzung

Gegenstand des zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern am ... geschlossenen Staatsvertrages sind die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu /St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“. Das Land Baden-Württemberg und der Freistaat Bayern planen die gemeinsame Durchführung der oben genannten Straßenbaumaßnahmen. Da sich die beiden Brückenbauwerke getrennt durch die Staatsgrenze jeweils in geteilter Baulast des Freistaats Bayern und des Landes Baden-Württemberg befinden, bedarf es für die Durchführung von einheitlichen Planfeststellungsverfahren einer Vereinbarung. Die beiden Bundesländer haben sich auf den Abschluss eines Staatsvertrages verständigt.

Dieser Staatsvertrag bedarf der Umsetzung durch ein Ratifikations- bzw. Zustimmungsgesetz. Das Zustimmungsgesetz erhebt den Staatsvertrag für die konkreten Vorhaben in Gesetzeskraft.

## 1. Referentenentwurf

### II. Inhalt

Unter Federführung der Bayerischen Staatsbauverwaltung sollen die oben genannten länderübergreifenden Maßnahmen geplant und die hierfür erforderlichen Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden.

Die Ausübung der Hoheitsgewalt eines Landes ist grundsätzlich auf sein Territorium beschränkt. Auf staatsvertraglicher Grundlage können jedoch einzelne Länderaufgaben und die zu ihrer Erfüllung notwendigen Hoheitsbefugnisse den Behörden eines anderen Landes übertragen werden. Der vorgesehene Staatsvertrag überträgt die Befugnis, für die konkreten Verfahren hoheitlich auf dem Gebiet des Landes Baden-Württemberg tätig zu werden, auf den Freistaat Bayern. Die Zuständigkeit für die Planfeststellungen der in Baden-Württemberg gelegenen Projekthälften wird somit auf den Freistaat Bayern übertragen.

Die Bayerische Staatsbauverwaltung wird legitimiert, für die Durchführung beider Maßnahmen ausschließlich bayerisches Recht anwenden zu dürfen. Somit wird bayerisches Recht auf baden-württembergischem Hoheitsgebiet Geltung entfalten. Insbesondere sollen das Bayerische Landesverwaltungsverfahrensgesetz, das Bayerische Straßen- und Wegegesetz und im Hinblick auf die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung die Bayerische Kompensationsverordnung zur Anwendung kommen, da für die Erstellung der Planunterlagen eine einheitliche Grundlage erforderlich ist.

### III. Alternativen

Keine.

Der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung ist im vorliegenden Fall nicht geboten. Die Entscheidung, ob bayerisches Recht auf baden-württembergischem Hoheitsgebiet Geltung entfalten darf, kann nur vom Landesparlament Baden-Württemberg getroffen werden. Somit sind der Abschluss eines Staatsvertrages und die Zustimmung des Landtages in Form eines Zustimmungsgesetzes erforderlich.

### IV. Kosten für die öffentlichen Haushalte

## 1. Referentenentwurf

Keine.

### V. Nachhaltigkeitscheck

Der Nachhaltigkeitscheck wurde durchgeführt. Die vorgesehenen Regelungen haben insbesondere positive Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltung sowie das Wohl und die Zufriedenheit der Bevölkerung.

Der Staatsvertrag ermöglicht die Durchführung von länderübergreifenden Planfeststellungsverfahren, die auf einer einheitlichen Grundlage basieren. Dadurch wird vermieden, dass jedes Bundesland das Baurecht bis zur Landesgrenze selbst schaffen muss. Die Verfahren können effektiver und zügiger durchgeführt werden. Zudem werden durch die gemeinsame Durchführung der Planfeststellungsverfahren Ressourcen der Verwaltung eingespart.

In Folge werden mit der Maßnahme L2310 neu/St 2315 Verlegung bei Collenberg mit Neubau einer Mainbrücke die Ortsdurchfahrten von Kirschfurt und des südlichen Ortskerns von Freudenberg nachhaltig vom Durchgangsverkehr und somit von Lärm und Schadstoffen entlastet. Dies steigert die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger deutlich.

Durch den Ersatzneubau der Mainbrücke Wertheim-Kreuzwertheim wird die Infrastruktur, insbesondere die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen verbessert.

### VI. Kosten für Private

Keine.

### VII. Anhörung der Verbände

## B. Einzelbegründung

### I. Zustimmungsgesetz

Zu Artikel 1 (Zustimmung)

## 1. Referentenentwurf

Die Vorschrift enthält die Zustimmung zu dem Staatsvertrag gemäß Art. 50 Satz 2 der Landesverfassung. Mit der Zustimmung erhält der Vertrag Gesetzeskraft.

Zu Artikel 2 (Inkrafttreten, Bekanntmachung)

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Zustimmungsgesetzes. Dieses tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Ferner wird festgelegt, dass der Tag, an dem der Staatsvertrag in Kraft tritt, im Gesetzesblatt zu verkünden ist.

- II. Staatsvertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu /St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim – Kreuzwertheim“

Zur Vorbemerkung

In der Vorbemerkung werden die beiden länderübergreifenden Maßnahmen näher beschrieben.

Die L 2310 neu/St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) soll verlegt und eine Mainbrücke neugebaut werden. Die Ortsumfahrung beginnt westlich von Freudenberg mit einem Kreisverkehr an der L 2310 neu und quert die Bundeswasserstraße mit einer Brücke. Die Grenze zwischen den Bundesländern verläuft in der Mitte des Mains. Die Ortsumfahrung schließt nördlich des Collenberger Ortsteils Kirschfurt mit einem Kreisverkehr an die St 2315 an. Das beinhaltet auch den Baulastübergang der Brücke L 2310 / St 2315 über den Main bei Freudenberg (BW 6221 642).

Die Mainbrücke Wertheim-Kreuzwertheim kreuzt die Bundeswasserstraße Main zwischen dem Markt Kreuzwertheim und der Stadt Wertheim und dient als Verbindung zwischen den vorgenannten Ortschaften. Die Mainbrücke Wertheim-Kreuzwertheim weist insbesondere hinsichtlich ihrer Sicherheit gegen den außergewöhnlichen Lastfall Schiffsanprall so große Defizite auf, dass ein Ersatzneubau erforderlich wird. Das Bestandsbauwerk war auf bayerischer

## 1. Referentenentwurf

Seite bis zur Abstufung zur Kreisstraße MSP 32, die mit der Verkehrsfreigabe der St 2315 OU Kreuzwertheim im Jahr 2005 wirksam wurde, Teil der St 2440. Der Abschnitt in Baden-Württemberg ist Teil der Landesstraße L 2310. Im Zuge der Planfeststellung soll sie ebenfalls zu einer Kreisstraße des Main-Tauber-Kreises abgestuft werden.

### Zu Artikel 1 (Gegenstand des Staatsvertrages)

In Absatz 1 wird der Gegenstand des Staatsvertrages bezeichnet. Umfasst sind die Planfeststellungen für die Verlegung bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke einschließlich der Streckenanpassungen, -umstufungen und der Baubehelfe und für den Ersatzneubau der Mainbrücke Wertheim-Kreuzwertheim.

Absatz 2 weist darauf hin, dass Einzelheiten wie beispielsweise der Planung, des Grunderwerbs oder der Baudurchführung, die nicht das hoheitliche Planfeststellungsverfahren berühren, durch Verwaltungsvereinbarungen der Länder auf Fachebene unter Beteiligung der betroffenen Landkreise und Kommunen geregelt werden.

Absatz 3 stellt klar, dass die bereits bestehenden Planungsvereinbarungen zwischen dem Freistaat Bayern, dem Land Baden-Württemberg und dem Landkreis Main-Spessart für den Ersatzneubau der Mainbrücke Wertheim – Kreuzwertheim vom 27. März 2018, vom 18. Mai 2018 und vom 2. Oktober 2018 unberührt bleiben.

### Zu Artikel 2 (Planfeststellung)

Durch die Absätze 1-7 wird vereinbart, dass die Feststellungsentwürfe von der Staatsbauverwaltung des Freistaates Bayern für die gesamten Vorhaben nach den für die Bayerische Staatsbauverwaltung gültigen Vorschriften und Richtlinien aufgestellt werden. Die Bayerische Staatsbauverwaltung wird dazu bestimmt, die Planfeststellungen für die Gesamtmaßnahmen zu beantragen und die Planungen zu vertreten.

Ferner wird die Regierung von Unterfranken für die gesamten Vorhaben als Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde bestimmt. Sie wird ermächtigt, die

## 1. Referentenentwurf

beiden Planfeststellungsverfahren ausschließlich auf der Grundlage des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und der einschlägigen bayerischen Landesgesetze durchzuführen und die Planfeststellungsbeschlüsse zu erlassen.

Zu Artikel 3 (Schlussbestimmungen)

Dieser Artikel bestimmt den Tag an dem der Staatsvertrag in Kraft tritt.